

Demmelhuber, Katrin; Wohlrabe, Klaus

Article

ifo Managerbefragung: Unternehmensfazit nach einem Jahr Coronakrise

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Demmelhuber, Katrin; Wohlrabe, Klaus (2021) : ifo Managerbefragung: Unternehmensfazit nach einem Jahr Coronakrise, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 74, Iss. 05, pp. 76-81

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/250771>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Katrin Demmelhuber und Klaus Wohlrabe

ifo Managerbefragung: Unternehmensfazit nach einem Jahr Coronakrise

IN KÜRZE

Die Verbreitung des Coronavirus konnte bisher nicht gestoppt werden, die Pandemie verläuft in mehreren Wellen, und nach gut einem Jahr ist noch kein Ende in Sicht. Wie blicken Unternehmen auf das zurückliegende Jahr? Dieser Beitrag stellt die Ergebnisse einer Umfrage unter Manager*innen deutscher Unternehmen zu den Auswirkungen der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens auf ihre Geschäftstätigkeit dar. Darüber hinaus gaben sie eine Einschätzung zu den Coronahilfen ab. Die Umfrage zeigt, dass die Mehrheit der befragten Firmen bislang keine Staatshilfen in Anspruch genommen hat. An die Hälfte derjenigen Unternehmen, die bereits Hilfen beansprucht haben, wurden die Hilfgelder schon ausgezahlt. Neun von zehn Befragten stufen die Beeinträchtigungen durch die Krise im Moment nicht als existenzbedrohend ein, und ca. 50% halten es nach eigener Einschätzung für sehr unwahrscheinlich, dass ihr Unternehmen nicht auch einen dritten Shutdown überleben würde. Alles in allem empfindet knapp die Hälfte der Teilnehmenden die Shutdown-Maßnahmen als angemessen, 40% halten sie für übertrieben. Knapp ein Drittel der befragten Manager*innen gibt an, dass die Pandemie den Verschuldungsgrad ihres Unternehmens 2020 ansteigen ließ.

Die Coronakrise beeinträchtigt seit nunmehr einem Jahr massiv das Wirtschaftsgeschehen. Nach dem gravierenden Einbruch in der ersten Jahreshälfte 2020 schien die deutsche Wirtschaft die Folgen der Pandemie besser zu verkraften als angenommen. Der aktuelle Lockdown lässt jedoch befürchten, dass die Auswirkungen am Ende doch erheblicher sein könnten. Im Herbst 2020 nahm das Infektionsgeschehen wieder spürbar an Fahrt auf und hat sich zuletzt erneut beschleunigt. Dadurch verschiebt sich die konjunkturelle Erholung, die ursprünglich für das Frühjahr 2021 erwartet wurde, im Jahresverlauf nach hinten. Laut der aktuellen ifo Konjunkturprognose für das Frühjahr 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2021 um 3,7% zulegen und im kommenden Jahr um 3,2%. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Winter 2020 wurde damit die Wachstumsrate für das Jahr 2021 um 0,5 Prozentpunkte gesenkt und für das Jahr 2022 um 0,7 Prozentpunkte angehoben (Wollmershäuser et al. 2021).

In einer aktuellen Umfrage¹, die das ifo Institut in Zusammenarbeit mit der ZEIT (vgl. Nienhaus und Pletter 2021) unter Manager*innen deutscher Unternehmen durchgeführt hat, wurde die bisherige Inanspruchnahme von Staatshilfen sowie die Beurteilung der Gestaltung und Abwicklung dieser Hilfen abgefragt. Darüber hinaus schätzten die Befragten eine potenzielle Gefährdung ihrer Firmen durch aktuelle und künftige Maßnahmen ein. Der Artikel präsentiert die Ergebnisse mit Blick auf die bereits getroffenen Maßnahmen während der Krise und die Erwartungen an die künftige Entwicklung. Anzumerken ist, dass die Befragung vor dem 23. März endete, also vor Bekanntgabe der Verlängerung der bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie.

STAATSHILFEN

Nach den aktuellen Ergebnissen hat die Mehrheit der befragten Unternehmen bislang keinerlei Staatshilfen in Anspruch genommen (vgl. Tab. 1), dies gilt vor allem für Betriebe mittlerer Größe. Wurden doch Hilfen beansprucht (von knapp einem Drittel der Firmen), so waren dies vor allem KfW-Kredite, gefolgt von Steuererleichterungen. Dabei wurden Kredite über alle Unternehmensgrößen hinweg ähnlich häufig genutzt, steuerliche Maßnahmen dagegen in stärkerem Maße von mittleren und großen Unternehmen. Die Überbrückungshilfen I bis III sowie Soforthilfen wurden zum Befragungszeitpunkt in vergleichbarem Umfang in Anspruch genommen, etwas weniger die November- bzw. Dezemberhilfe und Landeshilfen. Dabei ist anzumerken, dass die Überbrückungshilfe III und die Soforthilfe deutlich häufiger von kleinen Firmen genutzt wurde, überhaupt nicht von großen Unternehmen. Allerdings ist dies eine Folge der vom Bund vorgegebenen Förderrichtlinien: Zur Überbrückungshilfe I (Förderzeitraum Juni bis August 2020) und II (September bis Dezember 2020) hatten lediglich Soloselbständige sowie kleine und mittelständische Betriebe Zugang. Ab der Überbrückungshilfe III für die Monate November 2020 bis Ende Juni 2021 sind auch große Unternehmen anspruchsberechtigt (vor dem 3. März 2021 galt eine Umsatzgrenze von

¹ Der Onlinefragebogen wurde mittels SoSciSurvey realisiert und den Teilnehmer*innen auf www.soscisurvey.de zur Verfügung gestellt. Der Befragungszeitraum war 2. bis 7. März 2021. Befragt wurden insgesamt 517 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Dienstleistungssektors, des Handels und des Bauhauptgewerbes aus dem Panel der ifo Managerbefragung.

Tab. 1

Inanspruchnahme von Staatshilfen nach Unternehmensgröße

Staatshilfen (% der Unternehmen)	Alle Unternehmen	Nach Unternehmensgröße (Anzahl der Beschäftigten)		
		1–49	50–249	> 250
Keine Hilfen beansprucht	68,5	63,1	73,9	64,4
Staatshilfen beansprucht	29,8	33,8	26,1	32,2
Keine Angabe	1,7	3,1	0,0	3,4
Art der Staatshilfe (% der Unternehmen, absteigend sortiert)				
KfW-Kredit	12,8	12,3	12,6	13,6
Steuererleichterung	8,9	4,6	10,8	10,2
Sonstige Hilfen	6,8	4,6	8,1	6,8
Überbrückungshilfe III	6,0	12,3	5,4	0,0
Soforthilfe	6,0	15,4	3,6	0,0
Überbrückungshilfe I	5,1	9,2	4,5	1,7
Überbrückungshilfe II	4,7	6,2	6,3	0,0
Novemberhilfe	4,3	7,7	3,6	1,7
Dezemberhilfe	3,4	6,2	2,7	1,7
Landeshilfe	3,0	4,6	2,7	1,7
Bürgschaft	0,9	0,0	1,8	0,0
Rekapitalisierung im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds	0,0	0,0	0,0	0,0

Frage: »Welche Hilfen des Staates hat Ihr Unternehmen in der Coronakrise in Anspruch genommen?« [Mehrfachangabe möglich]; Anzahl der Antworten: 235.

Quelle: ifo Managerbefragung, März 2021.

750 Mio. Euro jährlich). Die Soforthilfe vom Frühjahr 2020 zielte auf Soloselbstständige sowie Betriebe mit bis zu zehn Beschäftigten, die Zuschüsse für ihre Betriebskosten erhalten konnten, ab. Antragsberechtigt für die November- bzw. Dezemberhilfe waren schließlich nur die direkt von den temporären Schließungen betroffenen Unternehmen. Die Förderrichtlinien für Landeshilfen wurden vom jeweiligen Bundesland vorgegeben.

Im Rahmen der Befragung gaben kaum Firmen an, Bürgschaften in Anspruch genommen zu haben. Rekapitalisierungen im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds wurden von den Teilnehmenden gar nicht genutzt.

Was die Auszahlung der Hilfsgelder betrifft, so gab insgesamt die Hälfte derjenigen Unternehmen, die Hilfen beansprucht hatten, an, dass diese zum Zeitpunkt der Befragung bereits vollständig geflossen waren, bei einem guten Viertel der Firmen zu einem großen Teil und bei 15% zumindest zu einem kleinen Teil. Ein Anteil von ca. 8% hatte noch keine Zahlungen erhalten.

Laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Stand: 16. März 2021) wurden bereits Coronahilfen in einer Gesamthöhe von 89,4 Mrd. Euro ausgezahlt bzw. bewilligt, davon mehr als die Hälfte als Kredite (48,8 Mrd. Euro), 27,6 Mrd. Euro als Zuschüsse (Soforthilfe, Überbrückungshilfe, November-/Dezemberhilfe), 8,4 Mrd. Euro an Rekapitalisierungen und 4,6 Mrd. Euro an Bürgschaften (vgl. BMWi 2021).

Diejenigen Manager*innen aus Unternehmen, die mindestens eine Art von Hilfe beansprucht hatten,

zeigten sich eher neutral zum staatlichen Hilfsprogramm (ohne Kurzarbeitergeld) eingestellt, mit einem durchschnittlichen Wert von 3,8 (basierend auf einer Skala von 1 = sehr unzufrieden bis 7 = sehr zufrieden). Dagegen war die Zufriedenheit mit dem Kurzarbeitergeld im Mittel deutlich stärker ausgeprägt (Durchschnitt 6,1 bei gleicher Skala).

Unter allen Teilnehmenden wurde ihre Zustimmung zu verschiedenen Aussagen über das staatliche Hilfsprogramm abgefragt (vgl. Tab. 2). Bezüglich des Umfangs hält der Großteil sie über alle Unternehmensgrößen hinweg für angemessen. Den Zeitpunkt der Ausschüttung stuft die klare Mehrheit als zu spät ein. Befragt nach der Behandlung der verschiedenen Branchen, gab in allen drei Größenklassen mehr als die Hälfte der Firmen an, dass sie einzelne Sektoren für benachteiligt halten. Knapp ein Drittel der Teilnehmenden ist der Auffassung, dass einzelne Branchen bevorteilt werden, nur ein Anteil von 13% sieht einen gleichmäßig verteilten Nutzen. Hinsichtlich eines nach Unternehmensgröße wahrgenommenen, differenzierten Nutzens bestand Einigkeit darin, dass eher große Unternehmen vom Hilfsprogramm profitieren (knapp 45% der Angaben). Circa ein Viertel der Befragten sieht den Vorteil bei kleinen Betrieben, die Antwortquoten beim Profit durch mittlere Firmen sowie einem gleichmäßig verteilten Nutzen waren ähnlich (15% bzw. 14%). Es fällt bei dieser Frage auf, dass die Quote der Angaben, betrachtet nach Unternehmensgröße, jeweils bei derjenigen Aussage mit Bezug auf die eigene Größenklasse klar unter dem Durchschnitt liegt.

Tab. 2

Einschätzung der staatlichen Hilfsprogramme

Zustimmung zur Aussage (in % der Unternehmen)	Alle Unternehmen	Nach Unternehmensgröße (Anzahl der Beschäftigten)		
		1–49	50–249	> 250
Umfang	Anzahl der Antworten: 182			
Sie sind zu knapp bemessen	18,1	23,1	17,3	14,3
Sie sind angemessen	60,4	61,5	54,3	69,4
Sie sind üppig	21,4	15,4	28,4	16,3
Zeitpunkt	Anzahl der Antworten: 183			
Sie fließen zu früh	0,5	2,0	0,0	0,0
Sie fließen rechtzeitig	18,0	24,5	15,5	16,0
Sie fließen zu spät	81,4	73,5	84,5	84,0
Branchen	Anzahl der Antworten: 184			
Sie benachteiligen einzelne Branchen	57,1	60,4	51,7	63,8
Sie nutzen allen Branchen gleichermaßen	13,0	16,7	10,1	14,9
Sie bevorzugen einzelne Branchen	29,9	22,9	38,2	21,3
Unternehmen	Anzahl der Antworten: 170			
Sie nutzen eher kleinen Unternehmen	25,9	17,1	27,1	31,8
Sie nutzen allen Unternehmensgrößen gleichermaßen	14,1	19,5	10,6	15,9
Sie nutzen eher mittleren Unternehmen	15,3	22,0	11,8	15,9
Sie nutzen eher großen Unternehmen	44,7	41,5	50,6	36,4

Frage: »Welchen Aussagen zu den staatlichen Hilfsprogrammen würden Sie am ehesten zustimmen?«

Quelle: ifo Managerbefragung, März 2021.

AUSWIRKUNGEN DER KRISE

Angesichts des anhaltenden Lockdowns nutzen viele deutsche Unternehmen weiterhin das Instrument der Kurzarbeit, um konjunkturell bedingte Arbeitsausfälle, z.B. durch die entstandenen Nachfrage- und Produktionsrückgänge, abzufedern. Nach vorläufigen hochgerechneten Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit erhielten im Februar 2021 2,39 Millionen Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld, nach 2,01 Millionen im Oktober, dem Monat vor dem Teil-Lockdown. Im April 2020, dem Monat mit der bislang höchsten Kurzarbeiterzahl in der Coronakrise, waren knapp 6 Millionen Kurzarbeiter registriert. Gemessen an der Menge der sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten war dies nach vorläufigen Angaben im Dezember 2020 ein Anteil von 7,1%, nach 5,9% im Oktober und 17,9% im Rekordmonat April. Laut der Bundesagentur für Arbeit liegt die Inanspruchnahme von Kurzarbeit damit weiter deutlich über den Werten zur Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 (Höchstwert im Mai 2009 mit 1,44 Millionen Kurzarbeitern; 5,2% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten).

Im Rahmen der ifo Managerbefragung gab etwa ein Drittel der Firmen an, im März 2021 Kurzarbeit in Anspruch zu nehmen (vgl. Tab.3). Bei diesen Betrieben arbeitete im Durchschnitt ein Anteil von 36% der Beschäftigten kurz. Diese Quote fiel im Mittel bei kleinen Firmen höher aus als bei großen (klein: 50%,

Tab. 3

Einsatz von Kurzarbeit im Zeitvergleich, nach Unternehmensgröße

Einsatz von Kurzarbeit (in % der Unternehmen)	Alle Unternehmen	Nach Unternehmensgröße (Anzahl der Beschäftigten)		
		1–49	50–249	> 250
Vergangenheit	Anzahl der Antworten: 236			
März 2020–Februar 2021	51,3	39,4	54,1	59,3
Gegenwart	Anzahl der Antworten: 237			
März 2021	30,4	28,8	30,4	32,2
Zukunftserwartung	Anzahl der Antworten: 232			
April–Juni 2021	27,6	24,2	28,7	29,3

Frage: »Im Laufe der nächsten 3 Monate werden wir voraussichtlich kurzarbeiten.«

Quelle: ifo Managerbefragung, März 2021.

mittel: 36%, groß: 26%). Die Angaben der Unternehmen zum Beschäftigtenanteil lagen hier teilweise weit auseinander. In den vergangenen zwölf Monaten hatte etwa die Hälfte der Firmen kurzgearbeitet, wobei kleine Betriebe dies weniger häufig meldeten (knapp 40%) als mittlere (54%) oder große (59%). Mit Blick auf die kommenden drei Monate erwartete knapp ein Drittel der Manager*innen den Einsatz von Kurzarbeit in ihrem Betrieb, hier gab es kaum Unterschiede zwischen den Größenklassen. Allerdings endete die Umfrage am 7. März 2021, also vor Bekanntgabe der Verlängerung des Lockdowns.²

Trotz Hilfspaketen und Maßnahmen wie Kurzarbeit sehen sich deutsche Unternehmen mit Problemen konfrontiert, die teilweise ihre Existenz gefährden. Im Rahmen der im März durchgeführten ifo Managerbefragung meldeten knapp 10% der Befragten momentane existenzbedrohende Beeinträchtigungen für ihren Betrieb (Größenklassen: klein: 12%, mittel: 10%, groß: 7%). Die große Mehrheit der Firmen (90%) wurde nicht als akut bedroht eingestuft (Größenklassen: klein: 88%, mittel: 90%, groß: 93%). Diejenigen Teilnehmenden, die eine Bedrohung verneint hatten, wurden um eine weitere Spezifizierung gebeten: ob sie ihr Unternehmen generell – unabhängig von der Dauer des aktuellen Shutdowns – für nicht existenzbedroht halten oder ob nach einer gewissen, zu nennenden Zeitspanne eine Bedrohung eintreten wird. Eine Mehrheit der Entscheidungstragenden (78%) sieht ihren Betrieb vom Shutdown nicht gefährdet (Größenklassen: klein: 66%, mittel: 80%, groß: 86%). Der Rest erwartet bei längerem Andauern durchaus existenzbedrohende Probleme. Der Mittelwert aller Unternehmen liegt hier bei 6,9 Monaten, bei weiterer Differenzierung zeigen sich große Unternehmen tendenziell etwas optimistischer als kleine Firmen (Mittelwert Monate nach Größenklassen: klein: 7,2; mittel: 6,7; groß: 6,4).³

Auch bedingt durch die unterschiedlichen Shutdown-Maßnahmen liegt die Vermutung nahe, dass die derzeitige Existenzbedrohung stark zwischen den Wirtschaftsbereichen variiert. Dies bestätigt sich bei einem Blick auf die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfrage⁴ vom Februar. Während Baufirmen kaum mit existenzbedrohenden Problemen zu kämpfen haben (3,6%) und die anziehenden Geschäfte im Verarbeitenden Gewerbe die Situation etwas entschärft haben (7,5% nach 10,8% im November), sprachen im Februar über ein Drittel der Einzelhändler von einer Existenzbedrohung. Dabei handelte es sich vor allem um Unternehmen, die aufgrund der aktuellen Lockdown-Bestimmungen zur Schließung ih-

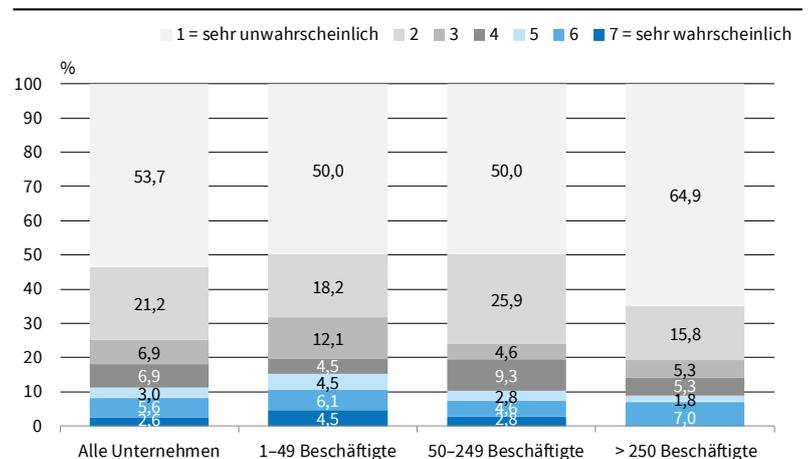
rer Läden gezwungen sind. Auch bei den befragten Dienstleistern stieg der Anteil der existenzbedrohten Firmen leicht an. Hier gibt es jedoch erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Dienstleistungsbranchen. Überaus verbreitet ist die Insolvenzbedrohung vor allem in der Reisebranche (83,7%), dem Beherbergungsgewerbe (82,3%) und der Gastronomie (72,3%), während etwa Rechts- und Steuerberater (1,2%) kaum betroffen sind (Sauer und Wohlrabe 2021).

Beim aktuellen Stand der Pandemiebekämpfung kann auch ein möglicher dritter Shutdown nicht ausgeschlossen werden. Deshalb wurden die Manager*innen auch in diesem Zusammenhang um ihre Einschätzung zur Existenzbedrohung gebeten, genauer formuliert, mit welcher Wahrscheinlichkeit (auf einer Skala von 1 = sehr unwahrscheinlich bis 7 = sehr wahrscheinlich) ihr Unternehmen einen dritten Shutdown innerhalb der nächsten zwölf Monate nicht überleben würde (vgl. Abb. 1). Circa 11% aller Befragten wählten hier einen Wert zwischen 5 und 7, hielten also ein Unternehmensende in Folge eines dritten Shutdowns für wahrscheinlich. Wie aus der Abbildung hervorgeht, sah sich ein größerer Anteil von kleinen Firmen bedroht, als dies bei größeren Betrieben der Fall war. Knapp 82% der Teilnehmenden sahen dagegen keine Existenzbedrohung bzw. schätzten das Szenario als eher unwahrscheinlich ein (Werte zwischen 1 und 3), bei großen Unternehmen war dies mit 86% der Angaben tendenziell öfter der Fall. Mit einer Quote von ca. 7% waren die neutralen oder unentschiedenen Meldungen in der Minderheit.

BEURTEILUNG DER SHUTDOWN-MASSNAHMEN

Bei der Gesamtbeurteilung der in Deutschland getroffenen Shutdown-Maßnahmen (vgl. Tab. 4) stufte diese

Abb. 1
Wahrscheinlichkeit für Unternehmensende durch dritten Shutdown



Frage: »Angenommen, es gäbe innerhalb der nächsten zwölf Monate einen dritten Shutdown mit einer Dauer von mehr als zwei Monaten. Für wie wahrscheinlich halten Sie es im Moment, dass Ihr Unternehmen diesen nicht überleben würde?« (n = 231; 7er-Skala).

Quelle: ifo Managerbefragung.

© ifo Institut

² Im Rahmen der monatlichen Konjunkturbefragungen wird auch nach dem Instrument Kurzarbeit gefragt. Für Hintergründe siehe Link und Sauer (2020) und aktuelle Entwicklung Link und Sauer (2021).

³ Für die Erwartungen der Unternehmen mit Blick auf die Dauer der öffentlichen Einschränkungen (vgl. Freuding und Wohlrabe 2021).

⁴ Circa 9 000 monatliche Meldungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Dienstleistungssektors, des Handels und des Bauhauptgewerbes. Befragungszeitraum: 1. bis 18. Februar 2021.

knapp die Hälfte der Firmen als angemessen ein, dahinter folgt mit 40% der Anteil derer, die sie für eher übertrieben halten. Hier fällt auf, dass dieses negative Urteil bei den großen Unternehmen überdurchschnittlich häufig auftritt (45%). Über alle Größenklassen hinweg bewerten knapp 12% der Teilnehmenden die Methoden als eher untertrieben, was wiederum häufiger bei kleinen Firmen der Fall ist (16%).

In der Coronakrise ist die Schuldenlast vieler deutscher Unternehmen zum Teil deutlich gewachsen. Gründe sind zum einen die bereits am Anfang beschriebenen staatlichen Hilfsfinanzierungen und KfW-Kredite in vielen betroffenen Branchen, zum anderen die in der Krise gestiegene Aufnahme von anderen Bankkrediten. Knapp ein Drittel der Teilnehmenden gab im Rahmen der ifo Managerbefragung an, dass die Pandemie den Verschuldungsgrad ihres Unternehmens 2020 ansteigen ließ, dies im Mittel in Höhe von 45%, wobei die Extremwerte hier weit auseinanderliegen (Anstieg: Median 20, Minimum 2%, Maximum 500%).⁵ Letzteres überrascht nicht, da der Effekt z.B. je nach Branche, Standort oder Eigenkapitalausstattung des Betriebs sehr verschieden ausfallen kann. Bei einer kleinen Minderheit (rund 3%) ging die Verschuldung zurück, durchschnittlich um knapp 18% (Median 15). Sieben von zehn Firmen meldeten keinen Effekt der Corona-Pandemie auf die Unternehmensschulden, dies über alle Größenklassen hinweg.

Laut den Ergebnissen einer Studie des ifo Instituts im Auftrag der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern hat das Eigenkapital deutscher Firmen während der Coronakrise gelitten. 6% der Firmen berichteten über starke Rückgänge. Bei insgesamt 30% sank die Eigenkapitalquote. 61% meldeten dagegen keine Veränderung, 9% sogar einen Anstieg. Die Situation ist in einzelnen Sektoren und über Firmengrößen hinweg unterschiedlich: Kleine und mittelständische Unternehmen berichteten über höhere Insolvenzrisiken, diese Tendenz war besonders bei den kleinsten 25% dieser Gruppe sichtbar. Das Gastgewerbe, die Reisebranche oder der Kunst- und Unterhaltungssektor verzeichneten deutlich höhere Einbrüche beim Eigenkapital als der Durchschnitt (Peichl et al. 2021).

⁵ Hohe Prozentwerte können hier auch dadurch zu Stande kommen, dass das ursprüngliche Verschuldungsniveau absolut gesehen sehr niedrig war.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts haben im Jahr 2020 die deutschen Amtsgerichte 15 841 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Das waren 15,5% weniger als 2019. Die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen sank damit auf den niedrigsten Stand seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999. Die durch die Coronakrise verursachte wirtschaftliche Not vieler Firmen spiegelt sich somit bislang nicht in einem Anstieg der gemeldeten Unternehmensinsolvenzen wider. Ein Grund hierfür ist, dass die Insolvenzantragspflicht für überschuldete Betriebe bis zum 31. Dezember 2020 ausgesetzt war. Die bereits seit Oktober 2020 wieder geltende Insolvenzantragspflicht für zahlungsunfähige Unternehmen machte sich im Jahresergebnis 2020 unter anderem aufgrund der Bearbeitungszeiten in den Gerichten nur leicht bemerkbar. Ausgesetzt ist die Insolvenzantragspflicht bis Ende April 2021 für jene Unternehmen, bei denen die Auszahlung der seit dem 1. November 2020 vorgesehenen staatlichen Hilfestellungen noch aussteht (Statistisches Bundesamt 2021).

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Coronakrise hat die deutsche Wirtschaft 2020 in eine tiefe Rezession gestürzt. Nahezu alle Bereiche waren davon betroffen. Die Regierung hat wirtschafts- und finanzpolitisch schnell reagiert und viele Hilfspakete auf den Weg gebracht. Ein Jahr nach Beginn der Krise hat das ifo Institut zusammen mit der ZEIT Unternehmen befragt, ob und wie sie bislang Hilfsmaßnahmen erhalten haben. Zudem gaben sie eine Bewertung dieser Hilfen ab und beurteilten die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Die Ergebnisse fallen sehr heterogen aus, was wahrscheinlich auch mit der individuellen Situation und den Erfahrungen der einzelnen Manager*innen und ihrer jeweiligen Firmen zu tun hat. Einigkeit unter den Teilnehmenden bestand größtenteils mit Blick auf die zu späte Auszahlung von Hilfgeldern. Die Ergebnisse zeigen auch, dass viele Unternehmen, insbesondere kleinere, voraussichtlich nicht mehr lange durchhalten werden. Die bisher ausgebliebene Insolvenzwelle mag trügerisch sein. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass es durchaus zu vermehrten Insolvenzen in nächsten Monaten kommen kann.

Tab. 4
Bewertung der Shutdown-Maßnahmen

Bewertung (in % der Unternehmen)	Alle Unternehmen	Nach Unternehmensgröße (Anzahl der Beschäftigten)		
		1-49	50-249	> 250
Eher untertrieben	11,6	15,9	12,5	5,2
Angemessen	48,4	47,6	48,1	50,0
Eher übertrieben	40,0	36,5	39,4	44,8

Frage: »Sind aus Ihrer Sicht die Shutdown-Maßnahmen in Deutschland alles in allem angemessen, eher übertrieben oder eher untertrieben?«; Anzahl der Antworten: 225.

Quelle: ifo Managerbefragung, März 2021.

LITERATUR

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021), »Corona-Hilfen für Unternehmen«, Infografik vom 16. März 2021, verfügbar unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Wirtschaft/corona-hilfen-fuer-unternehmen.html>, aufgerufen am 23. März 2021.

Bundesagentur für Arbeit (2021), *Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt- Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt*, Februar, Nürnberg.

Freuding, J. und K. Wohlrabe (2021), »Die Dauer der Einschränkungen des öffentlichen Lebens und die Normalisierung der Geschäftslage: Was erwarten die Unternehmen?«, *ifo Schnelldienst digital* 2(4).

Link, S. und S. Sauer (2020), »Monatlicher Nowcast der realisierten Kurzarbeit auf Basis von Unternehmensbefragungen«, *ifo Forschungsberichte* Nr. 114, ifo Institut, München.

Link, S. und S. Sauer (2021), »Anhaltender Shutdown führt zu leichtem Anstieg der Kurzarbeit in Deutschland«, *ifo Schnelldienst digital* 2(7).

Nienhaus, L. und R. Pletter (2021), »Corona-Hilfen. Rettet der Staat die Falschen?«, *DIE ZEIT* Nr. 16, 15. April.

Peichl, A., S. Sauer, S. Lautenbacher, S. Rumscheidt, J. Miethe und S. Steffens (2021), *Eigenkapitalentwicklung im Zeichen der Coronakrise*, ifo-Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern, Impulse für die Wirtschaft, München.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2021), »Konjunkturumfragen im Fokus: Deutsche Wirtschaft zeigt sich trotz Lockdown robust«, *ifo Schnelldienst* 74(3), 56–68.

Statistisches Bundesamt (2021), »15,5% weniger Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2020«, Pressemitteilung Nr. 161, 31. März, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_161_52411.html, aufgerufen am 12. April 2021.

Wollmershäuser, T., M. Göttert, C. Grimme, S. Lautenbacher, R. Lehmann, S. Link, M. Menkhoff, S. Möhrle, A.-C. Rathje, M. Reif, P. Sandqvist, R. Šauer, und M. Stöckli (2021), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2021: Deutsche Wirtschaft taumelt in die dritte Coronawelle«, *ifo Schnelldienst digital*, 2(9).